

Bezugspreis
in der Hauptpoststelle oder deren Filialen
stellen abgelehnt: vierpfenniglich A 2,-, bei
gewöhnlicher Umlaufzeit bis Haus
A 25. Durch die Post bezogen für Dienst-
und u. Dienstreise vierpfenniglich A 4.50, für
die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet
auf allen Bahnhöfen und
bei den Zeitungs-Berufsschulen 10 Pf.

Redaktion und Expedition:

153 Bernhardstrasse 222

Johanniskirche 8.

Haupt-Poststelle Dresden:

Karl-Liebknecht-Strasse 54

Bernhardstrasse 141 Nr. 1718.

Haupt-Poststelle Berlin:

Carl-Dauster-Strasse 100, Postfach 4000.

Großherzogliches Hof-Postamt VI Nr. 4000.

Generalpostamt VI Nr. 4000.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 144.

Montag den 20. März 1905.

Bezugspreis
die 6-spaltige Zeitzeile 25 J.
Familien-
und Stellen-Anzeigen 20 J.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter
Zeitung an bekannte Stelle nach Tarif.
Die 6-spaltige Zeitzeile 10 J.

Annahmefrist für Anzeigen:
Wöchentlich-abgabe vermittelte 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind seit an die Zeitungen zu richten.
Extra-Beilagen nur mit der Morgen-
Ausgabe nach beliebter Verabredung.

Die Expedition:
am nächsten unanzeigenden gefüllt von
10 bis 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von G. Wolf in Leipzig
Ges. Dr. B. R. & W. Klinckhardt.

99. Jahrgang.

Berlin, 19. März.

* **Das Arbeitsempfangs des Reichstages.** Die "Norddeutsche Allg." bepricht die Kontingentierung der Staatsbediensteten im Reichstag, die am Montag im Senatorenkabinett zum Beschluss erhaben worden ist, und konstatiert, bei Einhaltung des vorgezeichneten Programms werde hierauf die Etatserörterung am 30. d. M., also doch gerade noch vor dem geplanten Termine, ihr Ende erreichen. Sie holtet das preußische Abgeordnetenhaus, das in der Frage der Einräumung der Rechtslast mit gutem Beispiel vorangegangen sei, und würdet den üblichen Etatreden die folgende Charakteristik:

Wir befinden uns bei diesen ermündenden parlamentarischen Unterhaltungen, wie sie besonders beim Etat des Reichstags des Innern, die die heftigsten Auseinandersetzungen waren, offenbar in dem Hause eines circulus vitiosus, sofern die überwältigenden Reden das Haus entleerten, und die Vereine des Hauses hinwiederum die Fortdauer eines Zusammenses begünstigt, dem bei Anwesenheit einer größeren Zahl von Abgeordneten infolge einer Art von zeitigem Selbstschlußzustand schon längst so oder so ein Ende bereitet werden wäre. Das Hauptproblem bei dem bisherigen Auslaufe waren so die Zeitungen, die herkömmlich Berichte über Verhandlungen zu bringen gewünscht waren, denen das Pressepolitik nur ein fragmentarisches Interesse zu widmen sich gewagt zeigen konnte. Der Effekt der langwierigen Diskussionen war schließlich der, daß die 26 Resolutionen zum Reichstag des Innern, die die Regierungsbekämpfung der Gewerkschaften waren, infolge der Beschlusshilflosigkeit des Hauses einfach unerledigt auf der Strecke blieben, wodurch sich denn der Reichstag über die Allg. und Frühjahrssitzung dieser Art von Bemühungen um sozialpolitischen Fortschritt selbst die Quittung aussetzte. Die verschwendete Zeit ist um so mehr zu beklagen, als bekanntlich bei Einhaltung des vertraglich-mäßigen Termins für die Erledigung des Reichstags allerlei praktische Schwierigkeiten und Nachteile entstehen, die eine Wiederholung des jüngstigen Vorganges im höchsten Grade unverträglich erscheinen lassen. Offensichtlich entspricht also das Plenum des Reichstags der Erwartung des Senatorenkabinets, der seine Überzeugung davon Ausdruck gab, daß das Plenum bewusst, die Würde und das Ansehen des Reichstags die rechtzeitige Fertigstellung des Etats gewiß erzielte.

Die "Deutsche Tageszeitung" gibt gleichfalls eine sehr mahnwollende Rede aus. Sie rät, den Reichstag vor Beilagen zu schließen; auf die Durchberatung des Wörterbundes sollte verzichtet werden, aber die beiden Militärpensionsgesetze könne man vielleicht noch erledigen.

* **Prenzälerhaus- und Grundbesitztag.** Der diesjährige preußische Haus- und Grundbesitztag, der am Sonnabend in Berlin begann, tagt zum ersten Male längst vom Deutschen Haus- und Grundbesitzerverband, der in Bayern zusammengetreten ist. Der Vorsitzende, Justizrat Dr. Baumert aus Spanien, geht in seinem dem Bandestag vorgelesenen Jahresbericht auf eine Reihe Fragen von allgemeiner Bedeutung ein. Er erhält zunächst den Wohnungslongeck und meint, daß dort von neuem festgestellt werden sei, daß das Privateigentum am Grund und Boden und den Gebäuden sein Hindernisgrund für eine ausreichende Beschreibung des Wohnungsbürgertums sei. Der Verbandsvorsitzende hat besonders auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Kleinst-Wohnungsboom und die Entstehung von kleinen Häusern durch die Schaffung von Pfandbriefinstituten zu verhindern und dies besonders auch als eine Aufgabe der Bandesversicherungsanstalten bezeichnet. — Um auch fernerhin mit dem Deutschen Verein für Wohnungswirtschaft, der aus dem Verein "Reichswohnungsamt" entstanden ist, in Führung zu bleiben und gewissermaßen Arbeit in der Wohnungswirtschaft, beantragte der Preußische Verbandsverband seine Aufnahme in den Verein. Dieser Antrag ist durch Schreiben vom 27. Oktober 1904 abgelehnt worden, was zu der Behauptung ausgenutzt wird, daß die Organisation des städtischen Grundbesitzes noch stärker, einheitlicher und länderlich werden müsse. Gerner protestiert der Bericht gegen den Wohnungsvorschlag gethan und hält mich allerdings in Gesellschaft der Nationalliberalen befriedet. Vergleichbar der Abstimmung über die Position der Fleischverarbeitung habe ich nur meine persönliche Stellung beschrieben. Die Worte: Natürlich waren es die agrarischen Bruderschaften des Deutschen Reichs, die sich gegen den Vorschlag erhoben, sind ein frei erfundener Zynismus des "Politisch Interessierten". Wenn ich nicht konstatiert, daß das seit einiger Zeit eingeführte Sparbuch noch nicht inslande gemacht sei, die Folgen der unter der agrarisch-konservativen Regierung des Landtags eingesetzten Einwohnerwirtschaft zu seeligen. Auch dies hat der "Politisch Interessierte" frei zusammengestellt. Weiters führt er an, daß ich dringend geraten habe, den konservativen Einstieg auf die Leitung der Staatsgeschäfte und die Verwaltung des Landes, der sich durchaus legitiert habe, habe, auch in Zukunft zu ziehen. Er hat es aber nicht selbst gehabt, sondern er hat es in dem höchsten Regierungsbereich und dem Staat noch auch in einem anderen höheren Blatte gelesen, da müsse es wohl richtig sein. Es ist aber nicht richtig; ich habe nicht einmal etwas Schriftliches gezeigt.

Da der "Politisch Interessierte" der Verfassung offenbar bis zu Ende begegnet hat, so möchte er dies eigentlich wissen, auch doch die nur ein Treffen der Verhältnisse der beiden Wähler vorliegen kann. Dass auch der äußerst gesellschaftliche Richter des "Leipziger Tageblattes" hat ja sein Wort in seinem ausführlichen Bericht hieron erbracht. — Eine Gelegenheit in weiterem Maße zur Gründung von Kreis- und Gemeindeverwaltungen, insbesondere die Abstimmung über die Position der Fleischverarbeitung, haben es den Herren als angezeigt erachtet lassen, die Steuerfrage auf dem Bandestag zu behandeln. — Der Bund deutscher Bodenreformer hat unter dem 6. September eine Petition, welche sich gegen die Beliebungen von unbautem Boden durch die Oppositenbanken ausprägt, überreicht und den Bandesverband erfuhr, diese Petition zu unterstützen; man hält es für gerecht, sich dem Vorgehen der Bodenreformer vorläufig nicht anzuschließen. Die Haus- und Grundbesitzervereine hollen noch mehr zur Gründung von Kreditgenossenschaften voran, — Eine Gelegenheit in weiterem Maße zur Gründung der Wasserleitungssicherheitsvereinigung ist Justizrat Dr. Baumert als Bandesmitglied genannt worden.

* **Ver sicherung gegen Arbeitslosigkeit.** Besonders wird im Kaiserlichen Statistischen Amt eine Denkschrift über die bisher getroffenen Einstellungen zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und über die damit erzielten Ergebnisse ausgearbeitet. Diese Arbeit wird auch eine umfassende Darstellung des gegenwärtigen Standes der organisierten Arbeitsvermittlung im Deutschen Reich enthalten. Sie wird, nach dem "P. R.", dem Reichstag voraussichtlich in der nächsten Tagung vorgelegt werden.

päischen Staaten. Auch der Vertrag zwischen dem Holl-
stein und Argentinien von 1857 beruhe, wie Gier
hervorhebt, nur auf dem Resiproxitätsprinzip; Argenti-
nien habe also keinen Anspruch auf unseren 3½ M-
Weizenzoll gehabt.

Die Resiproxitätsidee, die Amerika seinen handels-
politischen Abmachungen zu Grunde legte, drang seit den
zweiten Jahren des 19. Jahrhunderts immer stärker
nach Europa hinüber und zog schließlich auch die handels-
politischen Abmachungen der europäischen Staaten
untereinander in ihren Bannkreis. Auch der Hollverein
schloß in den Jahren 1839—1860 eine Reihe von Han-
delsverträgen auf dieser Grundlage ab. Überhaupt
waren es die heute im Deutschen Reich geltenden Staaten,
welche den Resiproxitätsgedanken bis 1860 pflegten.
Man gab also die Weizbegünstigung nicht leichtherzig
weg, sondern suchte sie jeweils dazu zu benutzen, die
Gegenkontrophen zur Herabsetzung seiner Zölle zu be-
stimmen. Es zeigte sich, daß sich und mit Erfolg, die
Resiproxität ganz gut mit einem System von Tarifver-
trägen vereinbaren ließ.

Mit dem Jahre 1860 begann wieder die Periode der
unbedingten Weizbegünstigung. Der englisch-
französische Handelsvertrag von 1860 leitete die neue
Ära ein, und die Befreiung und die entschiedenen Vor-
ämpfer der allgemeinen, unbedingten Weizbegün-
stigung geworden. Die Vereinigten Staaten von Amerika
dagegen blieben bei ihrem Resiproxitätsystem. Im
Vorfeld der europäischen Staaten untereinander ist
dagegen wieder die Resiproxität fast völlig ausgestorben.
Trotzdem glaubt Gier, daß die Resiproxität den-
ächst wieder mehr in den Vordergrund treten werde.
Für Sättigung dieser Annahme verweist er zunächst auf
das starke Festhalten der Vereinigten Staaten von Amerika
an der Resiproxität; die Union werde auch Resiproxitätsstaat bleiben, doch kommt der, sich in England
immer schöner ausprägende Handel in den handels-
politischen Abmachungen. Der Übergang Englands
zum Schutzzoll und eine sich daran anschließende inter-
brasilianische Vorzugsbehandlung wird die Handelspolitik
der ganzen übrigen Welt von Problemen stellen, die nur mit
Hilfe der Resiproxität zu lösen sein werden. Es steht
so höher Gier fort, ihm steht ein Aug zum Diffe-
renziieren durch die Handelspolitik. Dem Resiproxitäts-
system mit unterm allgemeinen Weizbegünstigungs-
system entgegentreten zu wollen, bedeutet von vorn-
herein eine systematische Benachteiligung unserer eigenen
Interessen. Über die unbedingte Weizbegünstigung
selbst kommt bereits, auch in Deutschland, Graf
Volodarsky führt im Reichstage aus: „Ich glaube im
allgemeinen, daß es notwendig sein wird, bei künftigen
Vertragsabschlüssen die Frage der Weizbegünstigung
wenigstens mehr zu individualisieren, als es bisher ge-
schehen ist.“ Dass sich auch in der Wissenschaft die Über-
zeugung von der Notwendigkeit einer Reform Volodarsky
selbst nicht verhindern durften. Jetzt endlich beginnen
wir, die Nichtigkeit dieses Satzes zu begreifen.

Gier legt in seiner Definition des Begriffes „Weiz-
begünstigung“ besonderen Wert darauf, daß man die
diesem Begriffe anhaftende Doppeldeutigkeit gerade in
unsren Tagen schrift im Auge behalten müsse. Die Weiz-
begünstigung habe eine negative und eine positive Seite.
Negative befinge sie, daß die Waren dritter Staaten nicht
günstiger behandelt werden dürfen als die des Gegen-
kantens; positiv, daß den Waren der Vertrags-
staaten auch alle Höhveränderungen, deren sich dritte
Staaten erfreuen, zuteil werden müssen. Gier unter-
scheidet fünf Arten von Weizbegünstigung: bedingte
und unbedingte, je nachdem eine Gegenleistung
nötig ist oder nicht, um den Gegenkontrophen in den
Grenzen der dritten Staaten gewährte Vergünstigungen
zu setzen; beschränkte oder unbeschränkte, je nachdem
ob innerhalb ihrer Geltung räumliche, zeitliche oder andere
Grenzen gezogen sind; glatte Weizbegünstigung,
wenn sie weder bindend noch befrächtigt ist.

Die Weizbegünstigung war schon dem
18. Jahrhundert bekannt. Aber handelspolitische Ab-
machungen spielten damals erst eine unbedeutende Rolle,
weil die Staaten in wirtschaftlicher Beziehung noch nicht
in dem Maße untereinander verbunden waren wie jetzt.
Am Anfang des 19. Jahrhunderts zog man der Weiz-
begünstigung manchmal in zeitlicher und räumlicher
Hinsicht Grenzen. Aber eine Unterscheidung zwischen
bedeutender und unbedeutender Weizbegünstigung wurde in
den Begriff „weizbegünstigte Nation“ erst hineingetragen,
als die Diplomatie der Vereinigten Staaten von Amerika ihren ersten Versuch auf handelspolitischem Ge-
biete unternahm.

Bei der durch sie bewirkten Umformung der Weiz-
begünstigung gingen die Amerikaner von dem Grund-
prinzip aus, daß derjenige, welcher etwas erhalte, auch
etwas geben und nicht in vager Form nur versprechen
solle. Sie stellten das Prinzip auf, daß eine besondere
handelspolitische Vergünstigung besonders zu erkennen
sei. Die Weizbegünstigung solle nicht dazu dienen,
einer Nation ohne Gegenleistung handelspolitische Vor-
teile zu verschaffen, die eine andere Nation mit einer
Reihe von Konzessionen habe erkauft müssen. Das ist
die Geburtsstunde des handelspolitischen Resipro-
xitätsprinzips der Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Resiproxitätsidee ist auch von den mittel- und südamerikanischen Staaten angenommen worden, und zwar sowohl unter sich wie mit euro-
päischen Staaten.

Großes Aufsehen erregt, wie aus Wörth wird dem "P. R." telegraphiert: Veran-
laßt durch die Ausführungen des Abgeordneten Hull er-
klärt der japanische Gesandte in Washington, Japan
bedeutende keine Annexion der Philippinen, wünsche
vielmehr, mit den Amerikanern gute Nach-
barschaft zu pflegen und nach ihrem Willen die Sied-
lung des Korea und Chinas zu betreiben. Eine „gelbe Flotte“ existiere also für Amerika keineswegs.

Das Kaiserreich der Mantschurie.

Was hörte aus Wien: In den bisherie
mischen Freien wird der Wiedergang aus Shanghai, daß die
chinesische Regierung den Sonderstaat Tschao-erb-Öan
und Shantung in der Mantschurie erneut habe, und jüngst
zum Antritt seines Postens nach Mukden begeben
werde, sein Glauben bestimmt, daß in dem gegen-
wärtigen Stadium des Krieges solche Maßnahmen, und
mögen sie auch mit der japanischen Regierung vereinbart
worden sein, nicht gut möglich gehalten werden. Es ist
lebenswichtiglich, daß eine neue Regelung der Verhältnisse

Die Krisis in Russland.
Vom polnisch-russischen Grenzreiter.

Das Ritterwort, vom Sonnabend, wird dem "P. R."
geweiht: In der Südlichen Kommandoplatz zu So-
snowitz nahmen die ausständigen 1500 Arbeitern
gegen die Gewerkschaften "Schlesien", den durchaus berechtigten Punkt
eine gewisse Auseinandersetzung der Gewerkschaften gegen die Großhändler zu führen. Hierbei
wurde der Fabrikarbeiter Kostylew schwer verletzt.
Der Gewerkschaftsleiter, der die Gewerkschaften gegen die Großhändler zu führen.

Die Krisis in Russland.

Aus Wörth wird dem "P. R." telegraphiert: Veran-
laßt durch die Ausführungen des Abgeordneten Hull er-
klärt der japanische Gesandte in Washington, Japan
bedeutende keine Annexion der Philippinen, wünsche
vielmehr, mit den Amerikanern gute Nach-
barschaft zu pflegen und nach ihrem Willen die Sied-
lung des Korea und Chinas zu betreiben. Eine „gelbe Flotte“ existiere also für Amerika keineswegs.

Das Kaiserreich der Mantschurie.

Was hörte aus Wien: In den bisherie
mischen Freien wird der Wiedergang aus Shanghai, daß die